

Öko geht nicht ohne Wirtschaft

Eine Rede an den Grünenparteitag in Hannover, die nie gehalten wurde

Liebe Freundinnen und Freunde,

kleine Kinder halten sich die Hände vor die Augen, wenn sie sich verstecken. Sie glauben dann, ein Gegenüber könne sie auch nicht sehen. Diese Form der Selbsttäuschung verschwindet nicht mit dem Erreichen der Schulpflicht. Sie ist auch unter Erwachsenen verbreitet.

Gestern Nacht haben wir die Augen verschlossen. Die gewaltigen Schwierigkeiten, in denen sich unser Land, sein Gemeinwesen, seine Wirtschaft, seine staatlichen Institutionen befinden, haben wir erfolgreich ausgeblendet. Statt über Wege aus der Krise zu diskutieren, haben wir uns von der Außenwelt abgeschottet und bis zur Erschöpfung darüber gestritten, ob Abgeordnete in den nächsten 180 Tagen Vorsitzende dieser Partei sein dürfen oder nicht.

Es war, das ist mein Eindruck, ein unproduktiver, ein rückwärtsgerichteter Streit mit einem schlechten Ergebnis. Ausschlaggebend waren nicht mehr die Argumente. Es ging um das Prinzip, um das Erbe, um den Gründungsmythos, um alles, nur nicht um die Lösung der anstehenden politischen Aufgaben. Es wurden offene Rechnungen beglichen. Die einen vergaßen um der Macht Willen die politische Klugheit, die anderen wollten lieber Gestaltungsmacht zerstören als sie auf zu wenige zu konzentrieren, und sei es nur auf Zeit.

Die PDS in der parlamentarischen Besenkammer, die SPD in den Ketten ihrer Vergangenheit, die Union im programmatischen Nirwana und die FDP vollauf mit dem Zerschneiden der Reißleine von Möllemanns Fallschirm beschäftigt – da hielt eine Minderheit der Partei und eine Mehrheit der Parteiführung es für geboten, zur Nivellierung der Umfragewerte die Selbstenthauptung der Grünen zu inszenieren. Eine konsequent sozialistische Handlung. Jetzt geht es allen gleich schlecht.

Hätten wir in die Hände gespuckt und die Augen auf gemacht, wir hätten miteinander diskutiert, was die ökonomische Krise der deutschen Gegenwart für eine Partei bedeutet, deren Existenzberechtigung und Kern die Ökologie ist. Vieler Worte zur Verständigung über die Ausgangslage hätte es kaum bedurft:

Die Wirtschaftsleistung hat sich nicht wie von uns gewünscht vom Umweltverbrauch entkoppelt, sie stagniert trotz fortschreitender Umweltzerstörung, zum Beispiel eines Rekordflächenverbrauchs. In der Folge steigen die Arbeitslosenzahlen und sinken die Gewinne. Das drückt auf die Steuereinnahmen und erhöht die Kosten der sozialen Sicherung. In der Konsequenz tun sich dramatische Löcher in den öffentlichen Haushalten und bei den Sozialkassen auf, die durch den demografischen Wandel in Zukunft eher größer werden.

Die bisherige Antwort der von uns getragenen Regierung – Steuererhöhungen und Anhebung der Beitragssätze für Renten- und Krankenkassen – kann im schlimmsten Fall einen negativen Rückkoppelungseffekt hervorrufen, an dessen Ende der Kollaps der staatlichen Systeme in der uns lieb gewordenen Form steht.

Die größte Herausforderung für eine sozial geprägte Umweltpartei ist in einer solchen Situation eine ökonomische. Die Kommunalpolitikerinnen und – politiker hier wissen, was ich meine. Wenn der Gemeindehaushalt zusammenbricht, begräbt er zuerst die Errungenschaften von zwei Jahrzehnten grüner Kommunalpolitik. Grüne Vorzeigeprojekte sind gut, wichtig schön, nicht selten teuer – und in der Krise entbehrlich.

Wenn kein Geld für Klassenzimmer mehr vorhanden ist, fallen Freiwilligkeitsleistungen der Kommunen flach. Für einen besseren Busverkehr, Solarsiedlungen, BürgerInnenbüros oder soziokulturelle Zentren fehlt plötzlich das Geld und die Perspektive. Vor wenigen Tagen hat der Grüne Bürgermeister der Bodensee-Gemeinde UHldingen-Mühlhofen den Ökostromvertrag seiner Kommune gekündigt, weil er sich nur noch Atomstrom leisten kann.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben in den ersten vier Jahren grüner Regierungsbeteiligung viel erreicht. Aber am deutschen Wesen, auch wenn es gut ist, wird die Welt nicht genesen. Von A wie Atomausstieg bis Z wie Zukunftsinvestitionsprogramm für die Schiene hat unsere Umweltpolitik global nur eine Chance, wenn sie den Beweis liefert, dass sie ökonomisch positive Resultate erzielt. Es nützt nichts, wenn 45000 Grüne sich Solarzellen auf's Dach montieren. Der Rest der Welt wird sich auf nachhaltiges Wirtschaften nur einlassen, wenn es Vorbilder gibt, die zugleich ökonomisch und ökologisch attraktiv sind.

Das ist der tiefere Grund, warum wir die Reformunwilligkeit der Sozialdemokraten nicht akzeptieren dürfen. Wenn die ökonomische Basis dieses Landes wegen überbordender Bürokratie und erdrückender Abgabenbelastung des Faktors Arbeit zerbröckelt, dann kostet das nicht nur Arbeitsplätze, dann reißt nicht nur das soziale Netz – schlimm genug –, nein, dann endet auch der Aufbruch in eine neue Art des Wirtschaftens, die Grenzen des quantitativen Wachstums erkennt und den Eigenwert der Natur respektiert.

Die historische Aufgabe der Sozialdemokratie war die Überwindung der menschenunwürdigen Existenzbedingungen im Übergang von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft. Die historische Aufgabe der Grünen ist die Überwindung der Selbstzerstörungskraft des ökologisch blinden Weltkapitalismus und die Öffnung der Tür zum Übergang in eine Gesellschaft, die ein demographisches, ökologisches und ökonomisches Gleichgewicht findet.

Die Geschichte ist wie von feiner Ironie durchzogen. Die Ironie der grünen Geschichte besteht darin, dass wir als Wachstumskritiker angetreten sind, und nun die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum schaffen müssen, wenn wir das ökologische Projekt retten wollen. Wem der Arsch auf Grundeis geht, ist die Erderwärmung herzlich egal. Nicht minder ironisch ist, dass wir zugleich den Sozialstaat vor der Zerstörung durch eine strukturkonservative Sozialdemokratie retten müssen.

Im Zentrum grüner Politik muss für diese Legislatur die Revitalisierung und Ökologisierung der deutschen Volkswirtschaft stehen. Die Stichworte der Agenda sind schnell benannt: Abbau von Bürokratie, Vereinfachung des Steuerrechts, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, grundlegender Umbau der sozialen Sicherungssysteme, Reform des Föderalismus, eine Bildungs- und

Forschungsoffensive und ein zweiter, wesentlich mutigerer Anlauf zur Ökologisierung der sozialen Marktwirtschaft.

Liebe Freundinnen und Freunde, dieser Parteitag war für einige hier enttäuschend, weil eine begehrte Satzungsänderung nicht zustande kam, für andere, weil ihre Ambitionen und Wünsche nicht Realität wurden. Für die meisten Menschen in unserem Land ist er enttäuschend, weil er nicht die richtigen Fragen behandelt hat. Eine solche Enttäuschung dürfen wir der reformwilligen Mehrheit im Land nicht mehr zumuten, auf deren Kosten eine Minderheit hier ihr politisches Erbe bewahrt hat. Dieses Streben zum Erhalt selbstgeschaffener Werte ist menschlich. Aber auch für das ökologische Projekt gilt: Ihr habt es nur von euren Enkeln geborgt!